

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Am 15. und 16. November fand die letzte Stadtratssitzung statt. Anbei unser Newsletter mit folgenden Themen:

- Beitritt der Stadt Erfurt zum Netzwerk Biostädte & unser Antrag "Boden gut machen"
- Aufhebung der Staatlichen Grundschule 31 "Am Roten Berg"
- Erfurt beantragt zusätzliche Fördermittel im Bereich Klimaschutz
- Kündigung der Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Erfurt im Verein SolarInput e. V.
- Bebauungsplan GIS699 "Wohnanlage Nordhäuser Straße / Europaplatz"
- Einwohnerantrag: Erfurt braucht Naturerfahrungsräume
- ISEK 2030, Entwurf → **mit Einladung zur Auftaktveranstaltung am Mittwoch, den 29. November um 17.00 Uhr im Haus der sozialen Dienste (Großer Saal)**
- Nachtragshaushalt 2018
- Schauspielhaus und KulturQuartier
- Vorschau auf die OB-Wahl

Die öffentlichen Unterlagen der Stadtratssitzungen können auf der Seite [http://buengerinfo.erfurt.de/bi/to0040.php?\\_ksinr=86999712](http://buengerinfo.erfurt.de/bi/to0040.php?_ksinr=86999712) und [http://buengerinfo.erfurt.de/bi/to0040.php?\\_ksinr=86999713](http://buengerinfo.erfurt.de/bi/to0040.php?_ksinr=86999713) heruntergeladen werden. Die Stadt Erfurt bietet zudem einen Videomitschnitt der letzten Stadtratssitzungen an: <http://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/stadtrat/sitzungen/index.html>

### **Rückschau Stadtrat**

#### Beitritt der Stadt Erfurt zum Netzwerk Biostädte & unser Antrag "Boden gut machen"

Nachdem der Stadtrat bereits im Oktober den Beitritt der Stadt Erfurt zum Netzwerk Biostädte auf eine RRG-Initiative hin mehrheitlich beschlossen hatte, hofften wir auf ein positives Votum für unseren Antrag "Boden gut machen" in der letzten Novembersitzung. Immerhin haben wir diesen Antrag bereits im Sommer eingereicht und ihn ausführlich im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt diskutiert. Mittlerweile liegt unser Antrag in geänderter Kompromiss-Fassung vor.

Trotz der Tatsache, dass unser Antrag den bereits beschlossenen Beitritt zum Netzwerk Biostädte richtig rund und sinnvoll macht, und trotz der Tatsache, dass wir seit dem Sommer intensiv mit unseren Kooperationspartnern über unseren Antrag diskutiert und Kompromissformulierungen gefunden haben, konnten wir unsere Partner trotzdem bisher nicht für diesen Antrag gewinnen. Auch dass die Stadtverwaltung unserem Antrag wohlwollend gegenübersteht, half uns bisher noch nicht weiter.

So wurde der Antrag ein weiteres Mal in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt verwiesen. Dort werden wir nun die schon mehrfach besprochene Thematik einer breit aufgestellten Arbeitsgruppe aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Zivilgesellschaft erneut dis-

kutieren. Nach wie vor, setzen wir auf die Kraft der Argumente und die prinzipielle Bereitschaft, eine ökologische Landwirtschaft zu unterstützen. Wir werden Sie und Euch über den Fortgang der Gespräche auf dem Laufenden halten.

#### Aufhebung der Staatlichen Grundschule 31 "Am Roten Berg"

Am Roten Berg soll die dortige Grundschule geschlossen werden - bei gleichzeitiger Integration des Grundschulangebotes in die Gemeinschaftsschule am Roten Berg. Das bisher in Teilen identische Bildungsangebot zweier Schulen an einem Standort übersteigt die Personalressourcen des Staatlichen Schulamtes Mittelthüringen. Es soll also aus zwei Schulstandorten ein Schulangebot geschaffen werden, welches sich im Idealfall ergänzt. Stichtag sollte das Ende des Schuljahres 2017/2018 sein. Das Verfahren ist bereits seit einigen Jahren auf dem Weg, was die CDU nicht davon abhielt, daraus im Stadtrat (mal wieder) einen Wahlkampfauftritt zu machen.

Ähnlich wie bei der Diskussion um die Einrichtung einer Thüringer Gemeinschaftsschule (TGS) in Kerspleben zeigte sich die CDU-Fraktion auch in diesem Fall flexibel bei der Auswahl und Interpretation der vorliegenden Fakten – und inszenierte sich als die einzige politische Kraft im Erfurter Stadtrat, die den Eltern vor Ort zuhört und nicht über ihre Köpfe entscheiden wolle. Verbunden wurde diese Inszenierung mit dem mehrmaligen Hinweis auf den Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl. Nur, so eindimensional ist die Sachlage am Roten Berg nicht, wie der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion sie in seiner Rede skizzierte.

In der darauf folgenden Debatte wurde schnell deutlich, dass das wesentliche Problem der Eltern vor Ort die sehr späte Unterrichtung der Elternschaft der Grundschule 31 ist. Diese haben von der Schließung und Integration der Grundschule erst im August 2017 erfahren, also etwa ein Jahr vorher. Dieses späte Einbinden der Elternschaft über die dortige Schulkonferenz ist aber vor allem auf das Handeln des Schulleiters zurückzuführen. Um dieses Versäumnis zu heilen, haben wir zusammen mit der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE einen Änderungsantrag eingebracht, welcher die Schließung um ein Jahr verschiebt und zusätzlich eine Übergangslösung für alle Bestandsschüler\*innen der Grundschule 31 schafft. Zudem soll die räumliche Trennung der Schulen (Doppelhaus) ab sofort aufgehoben werden, so dass die Kinder und das Personal sich ab sofort begegnen können und sich so kommunikativ annähern und kennenlernen.

Den Vorwurf der CDU-Fraktion, RRG würde die Elternschaft der Grundschule 31 nicht ernst nehmen, können wir nicht nachvollziehen. Gerade weil wir diese Bedenken ernst nehmen, haben wir mit unserem Änderungsantrag den Vorschlag der Verwaltung zeitlich nach hinten geschoben, um beiden Schulen die notwendige Zeit zu lassen, gemeinsam an einem Konzept zu arbeiten. Wenn dafür externe Hilfe oder Mediation notwendig sein sollte, dann sollen die betroffenen Schulen die Form und den Weg selbst bestimmen. Schließlich befürworten sowohl Frau Rothe als Ortsteilbürgermeisterin als auch die Kreiselterntervertretung der Stadt Erfurt (seit bereits 2013) die Zusammenlegung der beiden Schulen am Standort Roter Berg. Eine Schulfusion ist an der Stelle deutlich besser als zwei unvollständige Schulen nebeneinander. Damit ließen sich jetzige Unterrichtsausfälle aufgrund Lehrermangels effektiv beseitigen. Auch das pädagogische Personal der Grundschule 31 hatte sich bereit erklärt, an der künftigen Gemeinschaftsschule zu unterrichten. Schließlich machte die Ortsteilbürgermeisterin darauf aufmerksam, dass eine Stadtteilkonferenz als neue Plattform für sachliche Kommunikation ohne Schuldzuweisungen eingerichtet wurde. Dort gehört auch die konkrete

Diskussion hin.

#### Erfurt beantragt zusätzliche Fördermittel im Bereich Klimaschutz

Mit diesem Antrag forderten wir die Stadtverwaltung auf, Fördermittel aus der kürzlich in Kraft getretenen "Richtlinie des Freistaats Thüringen zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen in Kommunen" für konkrete Maßnahmen zu akquirieren. Konkret soll die Stadt diese Fördermittel für die notwendige, energetische Sanierung von Schulen und für die Anschaffung von E-Autos und E-Lastenrädern einsetzen (bei anstehenden Beschaffungen). Der Charme dieser Förderrichtlinie liegt darin, dass diese mit anderen Förderinstrumenten ausdrücklich kombiniert werden kann – was zu schönen Förderquoten führen kann. Damit ließen sich deutlich bessere/effizientere Lösungen realisieren als gesetzlich gefordert. Unser Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

#### Kündigung der Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Erfurt im Verein SolarInput e. V.

Die Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Erfurt im Verein SolarInput e. V. sollte zum 31.12.2017 gekündigt werden. Auch wenn dieser Austritt bereits Gegenstand des beschlossenen Haushaltsicherungskonzepts ist, so sind die 250,- € Jahresbeitrag gut angelegtes Geld. Wir haben uns für Erfurts Verbleib im Verein eingesetzt. Der Stadtrat folgte mehrheitlich unseren Argumenten und lehnte die Kündigung der Mitgliedschaft ab.

#### Bebauungsplan GIS699 "Wohnanlage Nordhäuser Straße / Europaplatz"

Als grüne Fraktion sind wir einerseits erfreut über das grundsätzliche Votum des Stadtrates zum Bauvorhaben „Wohnanlage Nordhäuser Straße / Europaplatz“, andererseits sind wir aber gleichzeitig enttäuscht über die Ablehnung des grünen Ergänzungsantrags zur Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes bei Reduzierung des Stellplatzschlüssels auf 0,7.

Wir finden es sehr schade, dass es in der vergangenen Stadtratssitzung so wenig Bereitschaft zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit unserem Ergänzungsantrag gab. Dabei würde es sich lohnen, die Haben-Seite des Ergänzungsantrags einmal näher zu betrachten. Wichtig ist, dass nicht einfach so Stellplätze gestrichen werden sollen. Vielmehr werden durch die Bereitstellung weiterer Mobilitätsangebote und -konzepte nicht mehr so viele Stellplätze gebraucht.

Die Wohnanlage wird direkt an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen sein und auch die Anbindung an das Radnetz dürfte nach dem geplanten Umbau der Nordhäuser Straße und der anvisierten Verlängerung der Radverkehrsanlage nach Norden attraktiv sein. Unser Antrag forderte den Investor auf, aufbauend auf diese gute äußere Erschließung ein Mobilitätskonzept zu erarbeiten. Im Konzept wäre zu klären, welche weiteren Mobilitätsbausteine neben den durchschnittlich 0,7 Stellplätzen pro Wohnung den Bewohnern des Europakarrees angeboten werden. Denkbar wäre beispielsweise ein oder mehrere öffentlich einsehbare Carsharing-Stellplätze, gute Radabstellanlagen, ein Lastenräder und E-Bikes zur Ausleihe, eine Ladestation oder die finanzielle Förderung von Zeitkarten für den ÖPNV – ein sogenanntes „Mieterticket“.

Erfahrungen aus anderen Städten (Darmstadt, Heidelberg, München u.a.) zeigen, dass bei solch guten Rahmenbedingungen Mieter diese Angebote annehmen und etliche auch von der Möglichkeit „Auto nutzen statt besitzen“ Gebrauch machen. In der Folge werden weniger private Stellplätze benötigt.

Die Bereitstellung dieser Mobilitätsangebote ließe sich über einen Teil der eingesparten Kosten für die Schaffung von Tiefgaragenplätzen finanzieren. Dass diese Argumentation nicht

aus der Luft gegriffen sei, zeigt die Stellungnahme der Verwaltung zu unserem Antrag. Da ist zu lesen, dass bei einer Absenkung des Stellplatzschlüssels von 1,2 auf 0,7 Stellplätzen der Vorhabenträger ca. 2,5 Millionen € einsparen würde.

Dies zeigt doch, dass die Reduzierung des Stellplatzschlüssels ein wichtiger Hebel zur Senkung von Baukosten und damit für bezahlbares Wohnen ist. Es zeigt aber auch, dass mit einem Teil der eingesparten Gelder, den zukünftigen Bewohnern attraktive Mobilitätsangebote gemacht werden könnten. Dies wäre auch ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Erfurter Klimaschutzziele.

Das halsstarrige Festhalten an überhöhten Stellplatzzahlen versenkt im wahrsten Sinne des Wortes Gelder, die dann den Miet- oder Kaufpreis für Wohnungen in die Höhe treiben. Zusätzlich bleiben vermierterseitige Mobilitätsangebote weiterhin einseitig auf das Auto ausgerichtet. Das ist wirklich nicht mehr zeitgemäß und wird auch in diversen Studien als nicht zukunftsfest kritisiert. Beispielsweise fordere eine Studie der „LK Argus“ vom Dezember 2016 auf, den Ansatz „Stellplatzbau“ in Richtung „Mobilitätssicherung“ zu aktualisieren. Statt einer Stellplatzsatzung werde eine Mobilitätssatzung gebraucht. Interessant sei auch der Befund von Hartmut Topp von der TU Kaiserslautern, wonach Menschen im Rahmen eines Wohnortwechsels bereit seien, ihre persönliche Mobilität zu verändern. Zudem zeichne sich laut Topp eine neue Mobilitätskultur ab, die deutlich weniger Stellplätze braucht: Radfahren hält fit, Fußgänger erzeugen Urbanität, Auto nutzen statt besitzen;

Wir sind der Ansicht, dass das Anbieten weiterer Mobilitätsbausteine bei gleichzeitiger Reduzierung von Stellplätzen gar nicht mehr so "weltfremd" ist, wie es uns verschiedene Stadtratskollegen suggerieren. Vielmehr können alle davon profitieren:

Wohnungsmieter bzw. -käufer, aber auch Investoren und die Stadt Erfurt selbst. Bei der "Wohnanlage Nordhäuser Straße / Europaplatz" hat der Stadtrat Erfurt diese Chance bewusst verpatzt – der Investor stand unseren Argumenten und den Kostenersparnissen sehr offen gegenüber.

#### Einwohnerantrag: Erfurt braucht Naturerfahrungsräume

Der Einwohnerantrag "Erfurt braucht Naturerfahrungsräume - Flächen für Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen sollen dazu genutzt werden!" wurde von einigen engagierten Erfurter\*innen eingebracht.

Ziel dieses Antrages ist es, im Rahmen eines Pilotprojekts schnellstmöglich eine konkrete Fläche, die als Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahme nach § 15 BNatSchG in Anspruch genommen werden soll, für die Errichtung von Naturerfahrungsräumen zu nutzen.

Naturerfahrungsräume im urbanen Bereich dienen nicht nur der Umweltbildung, Erholung und Betätigung in der Natur, sondern auch dem Erhalt der biologischen Vielfalt und dem Artenschutz. Mit der natürlichen Entwicklung der Erfahrungsräume gedeihen dort alle möglichen Pflanzen und Tiere. Dadurch können die Menschen im direkten Wohnumfeld neue Erkenntnisse gewinnen und sich wichtige Kompetenzen aneignen. Je größer die Vielfalt in den Naturerfahrungsräumen ist, desto besser ist auch die Ausgleichswirkung gegenüber Klimaextremen und Emissionen.

Dieses Pilotprojekt soll in Verbindung mit einem aktuellen Bebauungsplan, möglichst in Verknüpfung mit Wohnungsbau, entwickelt werden. Es soll einen unmittelbaren räumlichen Bezug zum bebauten Stadtgebiet haben. In diesem Gebiet sollen verschiedene Biototypen (Streuobstwiese, Wiesenflächen, Gebüsche etc.) angelegt oder entwickelt und nur extensiv gepflegt werden – was den Pflegeaufwand und die Kosten niedrig halten wird. Für diese

Ausgleichsfläche ist eine uneingeschränkte Nutzung für naturnahes Spielen ausdrücklich erwünscht. Die Fläche soll öffentlich zugänglich sein und eine Größe von mindestens 1.000 bis 2.000m<sup>2</sup> haben. Nach Möglichkeit soll die Zivilgesellschaft für ein bürgerschaftliches Engagement zur Begleitung und Entwicklung dieser Flächen gewonnen werden.

Dieser Einwohnerantrag ist im Stadtrat einstimmig beschlossen worden! Das freut uns sehr und dafür gratulieren wir den Vertreter\*innen herzlich!

### ISEK 2030, Entwurf

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept 2030 (ISEK 2030) führt auf ca. 200 Seiten grundsätzlich auf, wie sich Erfurt weiter entwickeln soll. Es ist eine Orientierungshilfe für künftige Entscheidungsprozesse. Das ISEK 2030 besteht aus einem Leitbild und den sechs Bausteinen „Wirtschaft und Innovation“, „Wohnen und Städtebau“, „Soziale Infrastruktur“, „Stadt und Freizeit“, „Mobilität, Klima und Energie“ sowie „Zentrenfunktion, Stadtteile, Ortschaften“.

Das Leitbild zeichnet Erfurt als die kompakte, europäische Stadt, die ökologisch, ökonomisch und sozial ausgewogen ausgerichtet ist.

In seiner Sitzung vom 16. November 2017 hat der Erfurter Stadtrat den Verwaltungsentwurf des ISEK 2030 gebilligt und für die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden freigegeben. Der Verwaltungsentwurf soll Grundlage für eine öffentliche Diskussion sein. Darum ist die Bevölkerung zur Bürgerbeteiligung eingeladen, an der sich alle Bürger und Institutionen beteiligen können.

**Aus diesem Grund findet am Mittwoch, den 29. November um 17.00 Uhr im Haus der sozialen Dienste (Großer Saal) eine Informationsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger zum Verwaltungsentwurf des ISEK statt.**

Möglichkeiten der Beteiligung zum ISEK- Verwaltungsentwurf bestehen im Bauinformationsbüro sowie im Internet. Nähere Informationen finden Sie und Ihr unter [www.erfurt.de/isek](http://www.erfurt.de/isek).

### Nachtragshaushalt 2018

Nachdem wir im Frühjahr diesen Jahres einen Doppelhaushalt für die Jahre 2017 & 2018 beschlossen hatten, war es nun an der Zeit, den Haushalt 2018 entsprechend anzupassen. Dies ist ein übliches Verfahren. Damit wird ein Doppelhaushalt an die tatsächlichen Gegebenheiten, Entwicklungen und neue Förderprogramme angepasst. Wir haben sowohl als Grüne Fraktion als auch als RRG-Kooperation die Chance genutzt, den Haushalt 2018 in unserem Sinne und zum Wohle der Bevölkerung anzupassen. Konkret haben wir mehr Mittel für folgende Projekte und Maßnahmen beschlossen (in €):

- Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" + 20.000,-
- Thüringer Eltern-KindZentrum (THEKiZ) + 15.000,-
- Stadtsteilzentrum Herrenberg + 8.000,-
- Projekt Ökoprofit + 25.000,-
- Integrationskonzept/Projektkosten + 15.000,-
- Liste Solardächer + 5.000,-
- Radwege + 50.000,- (jetzt 110.000,-)
- Skateanlagen + 100.000,- (neu)
- Zuführung zum VMH vom VWH (Rücklagen) + 250.000,-

Unsere These von Anfang 2017, wonach die Energiekosten der Stadt durch die fortschreitende (energetische) Sanierung von städtischen Gebäuden (vor allem Schulen) geringer ausfallen werden als angenommen, scheint sich bis dato (Stand Ende Oktober 2017) zu bestätigen. Die durch Energieeffizienzmaßnahmen eingesparten Gelder können wir so an den hier aufgeführten Stellen ausgeben. Damit führen die energetischen Sanierungen der städtischen Gebäude zu spürbaren Einsparungen und damit zu mehr kommunalen Gestaltungsspielräumen. Und dies kommt schließlich allen Erfurter\*innen zugute.

Daneben haben wir der Stadtverwaltung "Hausaufgaben" in Form von **sog. Haushaltsbegleitanträgen** mitgegeben.

- So soll der Oberbürgermeister bspw. prüfen, ob die Umsetzung des ambitionierten Integrationskonzeptes mit den vorhandenen vier Stellen und der Projektstelle, die dafür beim Land Thüringen beantragt wurde, realisiert werden kann? Wir denken, hier braucht es deutlich mehr Fachpersonal.
- Daneben soll die Stadtverwaltung prüfen, inwieweit Fördermittel für den geplanten Umbau der Clara-Zetkin-Straße akquiriert werden könnten?
- Der Oberbürgermeister wurde zudem beauftragt, den Erfurter Wirtschaftskongress erwicon zukünftig, beginnend ab dem Jahr 2019 auch auf regionale Wirtschaftskreisläufe und auf die Kultur- und Kreativwirtschaft auszurichten.
- Prüfauftrag bis Ende des 1. Quartals 2018: Inwieweit kann die Stadtverwaltung den Bauhof der Stadt Erfurt so personell erweitern, sodass zukünftig von dort aus mehr Arbeiten ausgeführt werden können, ohne diese fremd vergeben zu müssen?
- Der Oberbürgermeister wurde beauftragt bis zum Ende des Jahres 2017 zu prüfen, ob und wie für die Schulsozialarbeit im Südosten eine zusätzliche Personalstelle geschaffen werden kann?
- Prüfung der Erhaltung des Wandbildes von Erich Enge "Sieg der Liebe über die Finsternis".

### Schauspielhaus und KulturQuartier

Der Stadtrat hat am Mittwoch, den 15. November 2017, mit überwältigender Mehrheit der Idee eines KulturQuartiers im Schauspielhaus zugestimmt und die Verwaltung mit dem Verkauf des Schauspielhauses an die Genossenschaft KulturQuartier Schauspielhaus eG beauftragt. Wir freuen uns darüber sehr und gratulieren der Genossenschaft – und auch ein bisschen uns selbst – zu diesem weiteren Schritt Richtung Belebung des alten Schauspielhauses! Mit dieser Entscheidung wird Erfurt wieder ein Stück hin verändert zu einer gerade auch für junge Menschen attraktiven Kunst- und Kulturstadt. Und für Jung-Gebliedene sowieso. Wir unterstützen als Fraktion die Genossenschaft und würden uns freuen, wenn auch Sie und wenn auch Ihr Mitglieder der Genossenschaft KulturQuartier werden würdet. Übrigens: Der Mindestanteil von 1.000,- € kann natürlich auch von mehreren Personen zusammengetragen werden.

### **Vorschau auf die OB-Wahl**

Unser Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Thumfart wurde letzte Woche auf einer Wahlversammlung zum Kandidaten für die Erfurter Oberbürgermeister-Wahl gewählt. Dabei erhielt er 93 % der Stimmen.

Wir freuen uns, dass sich Alexander Thumfart entschlossen hat, anzutreten. Gemeinsam mit

ihm werden wir für eine grüne, nachhaltig orientierte und entspannte Stadt werben: von Fragen der Sicherheit bis hin zu Bürger\*innenbeteiligung und Mobilität. Wir können den Wahlkampf und die Wahl unverbissen fröhlich und einladend mit klaren grünen Ideen angehen. Stärkung des Radverkehrs, Förderung kultureller Initiativen, energetische Sanierung, eine nachhaltig-kluge Ansiedlungspolitik, ein Ausbau der Partizipation und Bildung für Nachhaltigkeit sind nur einige Themen, mit denen wir bei den Bürger\*innen um Unterstützung werben wollen.

Nun wünschen wir Euch und Ihnen im Namen der gesamten Grünen Stadtratsfraktion und der grünen Geschäftsstelle im Rathaus eine schöne und gerne auch besinnliche Vorweihnachtszeit!

Mit besten Grüßen,  
Prof. Dr. Alexander Thumfart, Fraktionsvorsitzender